



Regierungsratsbeschluss vom 31. Januar 2017

Antrag Annemarie Pfeifer und Konsorten zur Einreichung einer Standesinitiative betreffend verstärkte Massnahmen zur Integration anerkannter Flüchtlinge und Deradikalisierung als Beitrag zur inneren Sicherheit

P165500

1. Der Regierungsrat genehmigt den vorgelegten Schreibensentwurf an den Grossen Rat.
2. Dem Grossen Rat wird beantragt, den Antrag Annemarie Pfeifer und Konsorten zur Einreichung einer Standesinitiative betreffend verstärkte Massnahmen zur Integration anerkannter Flüchtlinge und Deradikalisierung als Beitrag zur inneren Sicherheit nicht einzureichen und als erledigt abzuschreiben.

Begründung

Die mit Antrag Annemarie Pfeifer und Konsorten angeschnittenen Themen werden auf Bundesebene, in enger Zusammenarbeit mit den Kantonen und auf lokaler Ebene bereits seit längerem intensiv bearbeitet. Vor diesem Hintergrund ergibt sich kein neuer Handlungsbedarf hinsichtlich der gestellten Forderungen, weder betreffend die Integration anerkannter Flüchtlinge, noch bezüglich der inneren Sicherheit. Massnahmen zur Prävention gegen Radikalisierung sowie Deradikierungsangebote werden auf lokaler Ebene ausgearbeitet, umgesetzt und weiterentwickelt – nach integralem Ansatz, im Austausch mit anderen Kantonen und nationalen wie internationalen Partnern. Es gilt, die bestehenden Strukturen und Beziehungen zu stärken, die vorhandenen rechtlichen Grundlagen umzusetzen sowie als Kanton die gegebenen föderalen Kompetenzen zu nutzen. Vor diesem Hintergrund erscheint das politische Instrument der Standesinitiative nicht zielführend.

